

Initiativen gegen hohe Roaming-Tarife angenommen

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats (KVF) will gegen hohe Roaming-Tarife und Werbeanrufe vorgehen. Sie hat parlamentarische Initiativen dazu angenommen, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Über die Details entscheidet sie im März. Auch der Bundesrat will gegen unverhältnismässig hohe Tarife für das Zugreifen auf ein Mobilnetz im Ausland vorgehen. Mit dem Gesetz könnte er Mobilfunkanbieterinnen verpflichten, ihren Kunden im Ausland die Nutzung von Roaming-Dienstleistungen von Dritt-Anbietern zu ermöglichen und ihnen Pakete mit Roamingdienstleistungen zu fixen Preisen anzubieten. (sda)

Erneut mehr Mitglieder bei Exit

Mithilfe von Exit (Deutsche Schweiz) sind im vergangenen Jahr 734 Menschen aus dem Leben geschieden. Im Vorjahr waren es 723. Deutlich gestiegen ist wiederum die Zahl der Mitglieder, nämlich um 10078. Per Ende Dezember 2017 zählte der Verein in der Deutschschweiz und im Tessin insgesamt 110391 Mitglieder, wie er gestern mitteilte. Bei 1031 Mitgliedern wurden «Abklärungen für eine mitmenschliche Begleitung beim Freitod» getroffen. 2016 waren es 991 sogenannte Akteneröffnungen. Das Durchschnittsalter der begleiteten Menschen lag bei 78,1 Jahren, im Jahr zuvor betrug es 76,7 Jahre. (sda)

Airbnb bezahlt in Baselland Kurtaxen

Airbnb wird ab 1. April auch im Kanton Baselland automatisiert die Gasttaxen von allen Anbietern einziehen, die über die Internetplattform Ferienunterkünfte anbieten. Diese Gebühren leitet Airbnb an Baselland Tourismus weiter. Damit ist Baselland der zweite Kanton nach Zug, in dem die Internetplattform eine Vereinbarung zur Kurtaxen-Einziehung geschlossen hat, wie Airbnb und Baselland Tourismus gestern mitteilten. Bereits Mitte Juni 2017 hatte Zug Tourismus eine Vereinbarung mit Airbnb getroffen. (sda)

SDA: Nach Personalabbau steht Millionenbetrag auf der Kippe

Die Politik setzt die Schweizerische Depeschagentur unter Druck: Die geplante Bundesunterstützung von jährlich zwei Millionen Franken wird sie wohl nur sprechen, wenn deren Führung zu Konzessionen bereit ist.

von Dennis Bühler

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) sind in den vergangenen Tagen einige Male quer durch die Schweiz gereist: Erst protestierten sie vorletzte Woche in Bern, Zürich und Lausanne zahlreich gegen den grössten Stellenabbau in der 123-jährigen Geschichte des Unternehmens, das alle Schweizer Medien mit dem Grundstoff für ihre Artikel und Beiträge versorgt: Nachrichten. Mit einem 81 Stunden dauernden Streik machten sie darauf aufmerksam, dass die SDA nach dem angekündigten Abbau von rund 35 Vollzeitstellen ihr Angebot nicht in derselben Qualität werde aufrechterhalten können.

35

Vollzeitstellen

... von insgesamt 180 wollen der Verwaltungsrat und der CEO der SDA abbauen – die Kündigungen sind bereits Ende Januar ausgesprochen worden.

Dann reiste gestern eine Delegation der Belegschaft nach Zürich, um im Hotel «Marriott» mit der Führung der Nachrichtenagentur zu verhandeln. Ihre drei Kernforderungen: Die Anzahl Kündigungen soll reduziert und die Kündigungsfrist um zwei Monate aufgeschoben werden. Zudem soll im Sozialplan mehr Geld für Entlassene vorgesehen werden, damit über 60-jährige, langjährige Mitarbeiter nicht plötzlich stempeln gehen müssen.

Weiterverhandeln oder streiken?

Zu den Verhandlungen hüllen sich sowohl der Verwaltungsrat als auch die Redaktionskommission in Schweigen. «Die Atmosphäre war positiv und konstruktiv», sagt Unternehmenssprecher Iso Rechsteiner bloss. Klar ist: Heute



Unterwegs: Mitglieder der SDA-Redaktionskommission spazieren protestierend zum Bahnhof, um in Zürich mit dem Verwaltungsrat zu verhandeln. Bild Peter Schneider/Keystone

Abend wird die SDA-Belegschaft an einer Vollversammlung entscheiden, ob sie am Donnerstag weiterverhandeln oder erneut in den Streik treten will.

Vor Beginn der Verhandlungen hatten VR-Präsident Hans Heinrich Coninx und CEO Markus Schwab sowie Vertreter der Redaktion und der Gewerkschaften gestern bei der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats (KVF) anzutreten. Die Diskussion sei intensiv gewesen, sagt KVF-

Präsidentin Edith Graf-Litscher. «Die SDA ist kein x-beliebiges Unternehmen, sondern ein zentraler Pfeiler unserer Medienlandschaft», so die Thurgauer SP-Nationalrätin. Deshalb habe die KVF dem Bundesrat beantragt, zur Änderung der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) und der dort zu schaffenden Leistungsvereinbarung für die SDA konsultiert zu werden.

Der Bundesrat sieht vor, die Agentur ab 2019 mit einem jährlichen Beitrag

von bis zu zwei Millionen Franken zu unterstützen. Auch wenn die Vernehmlassung hierzu erst am Freitag endet, zeigen Recherchen der «Südostschweiz» schon jetzt: Ist sie nicht zu Konzessionen bereit, sollte die SDA-Führung nicht länger mit dieser Subvention rechnen, die sie in ihre Budgetplanung längst integriert hat. Diese Zeitung hat sämtliche rund 50 zur Teilnahme an der Vernehmlassung eingeladenen Parteien, Kantone und Verbände kontaktiert und von drei Dutzend von ihnen Antwort erhalten. Erkenntnis: Entscheidende Player machen gegen die SDA-Unterstützung mobil.

Rechte und Linke warnen

«Wir lehnen die faktische Verstaatlichung der SDA ab», schreibt die SVP. «Es ist die Aufgabe der SDA und der Aktionäre, eine marktgerechte Lösung zu finden.» Ähnlich äussert sich der Gewerbeverband. Nicht aus ordnungspolitischen Überlegungen, sondern wegen des Personalabbaus und der Fusion der SDA mit der gewinnorientierten Bildagentur Keystone warnen linke Parteien vor einer überstürzt ausgesprochenen Subvention. «Es muss ausgeschlossen werden können, dass mit den zusätzlichen Mitteln aus dem Gebührentopf indirekt die Grossverlage subventioniert werden», schreibt die SP. Die Grünen fordern: «Es muss ausgeschlossen werden, dass Gebührgelder durch Dividendenausschüttung an SDA-Aktionäre oder durch die Querfinanzierungen von anderen Unternehmen und Unternehmenszweigen zweckentfremdet werden.»

Ins selbe Horn stösst der Gewerkschaftsbund: «Es geht nicht an, dass mit Bundesgelder private Aktionäre bedient werden», schreibt er. Wegen der Kündigungen kritisch zeigen sich auch die Kantone Aargau, Appenzell-Ausserrhoden und Schwyz sowie der Städteverband. Vorerst keine Position bezieht die FDP – zu unsicher ist ihr die zukünftige Besitzstruktur der SDA.

Die gute Nachricht für Coninx und Schwab: Reduzieren sie den Personalabbau und können garantieren, dass die zwei Millionen Franken zur Sicherung der Qualität der Agentur eingesetzt werden, dürften sie sie wohl erhalten.

Werbung: Bundesrat wird zurückgepfiffen

Die von der Regierung vorgeschlagene zielgruppenspezifische Werbung für die SRG kommt in der Vernehmlassung schlecht an.

von Dennis Bühler

Nicht nur zur vorgesehenen finanziellen Unterstützung der SDA (Artikel oben), sondern auch zum Kernstück der vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderung der Radio- und Fernsehverordnung äussern sich die Vernehmlassungsteilnehmer grossmehrheitlich negativ: Sie wollen weder der SRG noch den konzessionierten privaten Stationen zielgruppenspezifische Werbung erlauben.

Der Bundesrat möchte, dass Werber künftig Personengruppen mit gemeinsamen Interessen (etwa Sport oder Gastronomie) oder mit ähnlicher Demografie (zum Beispiel Über-50-Jährige) gezielt ansprechen dürfen – ein Vorgehen, das gegenwärtig selbst Admeira verboten ist, der Vermarktungsallianz von SRG, Ringier und Swisscom. Aus Rücksichtnahme auf andere Medienunternehmen soll die SRG die Ziel-

gruppen nach dem Willen des Bundesrats nicht ausschliesslich nach geografischen Kriterien definieren dürfen.

Bedrohter Schutz der Privatsphäre

Diese Einschränkung allerdings geht sämtlichen Parteien sowie den meisten Verbänden und Kantonen zu wenig weit. So sind etwa die Grünliberalen überzeugt, dass private Anbieter nicht über die kritische Grösse verfügen, um solche Werbepformen gewinnbringend einsetzen zu können. «Daher ist davon auszugehen, dass faktisch nur die SRG von dieser neuen Möglichkeit profitieren wird. Eine Stärkung der SRG im Werdebereich zulasten der privaten Anbieter ist jedoch weder nötig noch gerechtfertigt.»

Das sieht auch die SP so: «Die kommerzielle Nische regionaler Anbieter darf nicht bedroht werden», schreibt sie und schlägt vor, das Wort «ausschliesslich» aus der Verordnung zu

streichen. Zielgruppen dürften somit nicht mehr geografisch definiert werden. Grundsätzlich gegen diese Werbepformen sprechen sich die Grünen aus, da sie den Schutz der Privatsphäre aufweiche und die Kommerzialisierung der gebührenfinanzierten Medienangebote vorwärtstreiben. «Wir sind erstaunt darüber, dass der Bundesrat den Verfassungsauftrag der Rücksichtnahme auf die Privaten so wenig ernst nimmt», schreibt die Partei.

In den Augen der FDP ist die Möglichkeit der individuellen Bürgeransprache unvereinbar mit dem SRG-Auftrag, den nationalen Zusammenhalt zu stärken. Und auch die SVP weist die bundesrätliche Verordnung dezidiert zurück: Die zielgruppenspezifische Werbung «provokiert weitere Wettbewerbsverzerrungen», schreibt sie. Sollte der Bundesrat der SRG tatsächlich zusätzliche Werbeeinnahmen ermöglichen, sei «eine unverzügliche,

weitere Senkung der Radio- und TV-Gebühren unumgänglich».

«Eingriff in lokalen Markt»

Gegen zielgruppenspezifische Werbung sprechen sich auch der Gewerbeverband, die Aktion Medienfreiheit, der Gewerkschaftsbund sowie rund die Hälfte der 20 Kantone aus, deren Vernehmlassungsantwort der «Südostschweiz» bis gestern Abend vorlagen.

Für die FDP ist solche Werbung unvereinbar mit dem SRG-Auftrag zur Stärkung des nationalen Zusammenhalts.

Und auch André Moesch, Präsident des Verbandes der Schweizer Regionalfernsehen Telesuisse, warnt: «Die Einführung der zielgruppenspezifischen Werbung würde einzig der SRG dienen und die Kluft zwischen dem grossen öffentlich-rechtlichen Medienhaus und den regionalen Anbietern weiter vergrössern.»

«Belebung des TV-Marktes»

Für zielgruppenspezifische Werbung macht sich somit einzig die Werbewirtschaft stark. Roger Harlacher, Präsident des Schweizer Werbe-Auftraggeberverbandes, ergänzt: «Solche Innovationen beleben den TV-Markt als Ganzes und sollten auf allen Sendern – ohne Einschränkungen – möglich sein.» Harlacher möchte sowohl den vorgesehenen Schutz Minderjähriger als auch die Beschränkung auf vier Minuten pro Stunde ersatzlos streichen. Ein Ansinnen, das chancenlos bleiben dürfte.